

Zur Diskussion um die Quartiersgrenzen

In der Quartiersarbeit, auch Sozialraumarbeit oder früher Gemeinwesenarbeit genannt, gibt es zwei Bestimmungen: Danach ist **Quartier zum einen der Nahbewegungsraum von Bewohnerinnen und Bewohnern**, wo sie wohnen, einkaufen, einander begegnen, Dienstleistungen in Anspruch nehmen, Freizeit verbringen usw. In Aachen etwa haben jahrelang Studierende im Fach Geografie der Technischen Hochschule Bewohnerbefragungen durchgeführt, um entsprechende Quartiere zu ilden.

Zum anderen wird mit Quartier auch ein **Planungs- und Gestaltungsraum der Kommune** bezeichnet. In Gelsenkirchen gibt es die kleinste gemeinsame Einheit REGE-Bezirk, insgesamt 40 in der Stadt. Bildungsberichte und Jugendhilfeplanung, Schulplanung und Mietspiegel, Armutszahlen und integrierte Handlungskonzepte und Vieles mehr orientieren sich daran.

Gut ist es, wenn beide Versionen viele Überschneidungen haben. Dann können die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger leichter mit denen der Stadtverwaltung und -politik in Übereinstimmung gebracht werden.

Im Generationennetz Gelsenkirchen hatten wir uns darauf geeinigt, **im Zweifelsfall die bürgerschaftliche Version** zu bevorzugen. Das zeigt sich am Quartiersnetz Hüllen. Die städtischen REGE-Bezirke gliedern Bulmke-Hüllen in B-H-West, B-H-Nord und B-H-Süd. Die Bürgerinnen und Bürger verstehen sich aber als Bulmker:innen oder Hüller:innen. Deshalb wurde kein Quartiersnetz Bulmke-Hüllen-Nord gegründet, sondern das Quartiersnetz Hüllen.

Im Quartiersnetz Buer (Ost) kam die Diskussion auf: **Was soll das sein Buer (Ost)?** Denn es gab keine spezielle Identifikation mit dem östlichen Teil Buers. Ich erinnere mich daran, wie Doro auf die selbst gestellte Frage antwortete: Ich kenne nur Buer. Wir vom Generationennetz argumentierten damals, dass Buer gesamt ein zu großer Bereich sei, um dort bürgerschaftliche Aktivitäten zu entfalten. Die Einladung ging an Adressen im REGE-Bezirk Buer-Ost. Wir **einigten uns darauf**, uns im Wesentlichen auf das Viereck De-la-Chevalerie-Straße – Nordring – Ostring - Vom-Stein-Straße zu konzentrieren und ansonsten die Aktivitäten davon abhängig zu machen, wer zu den Konferenzen kommt und Anliegen vorbringt.

Das hat die ganze Zeit funktioniert. Es war klar, dass Quartiersarbeit in Buer (Ost) **nicht zu denken ist ohne die City**, in der Begegnungen stattfinden, Dienstleistungen in Anspruch genommen und die Einkäufe erledigt werden. So haben wir uns mit der alten Post oder der Markthalle beschäftigt.

Was nie eine Rolle gespielt hat, war der Verwaltungscode „zuständig“ oder „nicht zuständig“, weil es immer um Anliegen von Betroffenen ging, die auch bei der Bearbeitung der Anliegen eine Rolle spielten.

Dass Bürgerinnen und Bürger sagen: Ich will mich nur um meine **unmittelbare Nachbarschaft** kümmern, ist nachvollziehbar und für mich OK. Wenn solche Menschen aber anderen verwehren wollen, sich um sie interessierende Fragen zu kümmern, wird es für mich schräg – und das ist noch zurückhaltend formuliert.

Ein Sonderfall ist der **Buersche Waldbogen**. Für viele Bürgerinnen und Bürger war dieses Gebiet zentrale Naherholungsstätte. Nun ist dort ein ganzes Wohngebiet entstanden, dessen Zuwegung zum REGE-Bezirk Buer-Ost gehört. Das Gebiet selbst gehört zum Stadtbezirk Ost und zum Stadtteil Resse. Als Landwirtschaftsfläche war das funktional. Ob es das auch als Wohngebiet ist, bleibt offen. Denn die Bewohnerinnen und Bewohner schicken z.B. ihre

Kinder in die Bierschen Schulen. Schulplanung und Kinder- und Jugendplanung wären also dort besser aufgehoben. Stadtverwaltung und -politik sind aber schwer beweglich und daher ist es eher unwahrscheinlich, dass eine räumliche Anpassung an veränderte Gegebenheiten passiert. Bürgerinnen und Bürger aber haben keinen Grund, in starren Grenzen zu denken, weil es eben nicht um „zuständig“ oder nicht geht, sondern um Lebensräume. Das wären alles theoretische Überlegungen, wenn sich nicht Bürgerinnen aus dem Waldquartier in Verkehrsfragen an unser Quartiersnetz gewandt hätten, um mit ihren Anliegen Unterstützung zu finden. Inhaltlich gab es Übereinstimmung der Forderungen. Aber formal gab es wegen der „Grenzfrage“ ein Veto (2 von 12) dagegen, die Waldquartier-Bürgerinnen zu unterstützen, während alle anderen „Kirchturmsdenken“ (ein Teilnehmer der Diskussion) ablehnten.

Wilfried Reckert